Begründung:

Die Bundesregierung plant offensichtlich den Umzug der Abteilung für Islamismusbekämpfung des Bundesverfassungsschutzes von Köln nach Berlin.

Die geplante Verlagerung der Abteilung für Islamismusbekämpfung des Bundesverfassungsschutzes mit rd. 250 Beschäftigten ist ein weiterer Verstoß gegen das Berlin/Bonn-Gesetz und gegen den Willen des Deutschen Bundestages, auf der Grundlage der Vorschläge der Unabhängigen Föderalismuskommission zu einer „ausgeglichenen Verteilung von Bundesbehörden“ zu kommen und eine dauerhafte und faire Arbeitsteilung sicherzustellen.

Es ist zu befürchten, dass mit der beabsichtigten Verlagerung von Teilen des Bundesverfassungsschutzes weitere für die Region Köln/Bonn negative Standortentscheidungen folgen werden, die eine weitere Zentralisierung von Bundesbehörden mit sich bringen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur die Region treffen, sondern dem föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland insgesamt Schaden zufügen.

Der Rat der Stadt Köln hat sich mit großer Mehrheit in seiner Resolution vom 14.11.2006 gegen die Verlagerung einzelner Abteilungen des Bundesverfassungsschutzes nach Berlin und uneingeschränkt und eindeutig für den Verbleib der Behörde in seiner Gesamtheit in Köln ausgesprochen. Die Resolution ist dem Antrag als Anlage beigefügt.

Mit der geplanten Verlagerung von Teilen des Bundesverfassungsschutzes mit rund 205 Beschäftigten ist ein „Rutschbahneffekt“ und eine Verlagerung der gesamten Behörde mit 2.500 Bediensteten zu befürchten. Vor diesem Hintergrund sowie den negativen arbeits- und strukturpolitischen Folgen für die Region sind die Fraktionen des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises aufgefordert, sich mit der Resolution des Rates der Stadt Köln solidarisch zu erklären und die Bemühungen der Stadt, den Standort des Bundesverfassungsschutzes in Köln dauerhaft zu erhalten, zu unterstützen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Dieter Heuel
gez. Brigitte Donie

gez. Horst Becker

f.d.R.

Ulla Breitbach